

am Boden Liegenden herumzutrameln, besonders wenn er einmal Macht besessen hat. Selbst die im Glashaus sitzenden Politiker beteiligen sich gelegentlich nicht ungern an solcher Kirchenschelte, wenn es gilt, geistige Vakuen in der Gesellschaft zu beklagen, und setzen dann, wenn es um Probleme geht, auf die sie selbst wenig Zugriff haben, z.B. um die Zunahme von Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen, auf die Kirche als erster Orientierungsinstanz, obwohl dies die Kirchen gesamtgesellschaftlich gar nicht sind. Und manche Medienvertreter kreditieren sich allgemein gern durch Aggressivität den Einfluß, den sie für sich reklamieren, den aber auch sie in Wirklichkeit nicht haben.

Der Kernpunkt dürfte aber der sein: Viele, die heute als Kirchenkritiker in der Öffentlichkeit das Wort führen, befinden sich noch in einem unbewältigten *Ablöseprozeß von der Kirche*. Da kann auch viel Haßliebe im Spiel sein. Man hat ein fernes Idealbild von der Kirche und bekämpft deshalb um so heftiger das Realbild. Man erwartet von der Kirche immer noch viel und ist gerade deshalb hart im Urteil. Und was wohl noch entscheidender ist: Man sieht die Kirche noch, hört aber deren Botschaft nicht mehr.

Anstatt sich allzusehr durch solche pubertären Ablösekrämpfe einer von der Kirche sich entfernenden Generation irritieren zu lassen, sollte die Kirche deshalb nachdrücklicher auf die *nachkommenden Generationen* setzen. Sie wachsen mehr oder weniger ohne Berührung mit der Kirche auf, sie wissen von ihr so gut wie nichts mehr – besonders gilt das für den Bereich der neuen Bundesländer –, haben aber auch nicht mehr unter ihr gelitten und schleppen deswegen auch *weniger Vorurteile* mit sich herum. Wo die Vorurteilsbarrieren niedriger sind, kann auch wieder unvoreingenommener auf die kirchliche Botschaft gehört werden. Im Verhältnis zu der missionarischen Anstrengung, die der Kirche im Umgang mit den von Anfang an kirchenfernen Generationen aufgegeben ist, sind die Behinderungen

der Kirche durch die Ablösungskämpfe der sich von der Kirche erst entfernenden Generation eine Lappalie. Nur ist zu bedenken: Den Mut zu institutionellen, theologischen und spirituellen Reformen schließt der Umgang mit beiden Bevölkerungen nicht aus, sondern ein. se

Ein Flop

Der Pfingstmontag ist es wert, erhalten zu bleiben

Die Diskussion ist so alt wie die über die Einführung einer Pflegeversicherung. Jedesmal wenn deren Dringlichkeit angemahnt wird, ist auch der Pfingstmontag dran. Jetzt, wie es scheint, sogar endgültig, nachdem die Ministerpräsidenten der Länder Anfang Februar erkennen ließen, sie seien für die Abschaffung des Pfingstmontags als staatlichem Feiertag oder würden sich jedenfalls nicht dagegen stemmen. Ein junges Paar aus Sachsen, in jenen Tagen zufällig zu Besuch im deutschen Südwesten, fragte schon besorgt, ob bereits dieses Jahr an Pfingsten gearbeitet werde, was sehr bedauerlich wäre, denn man habe den Tag bereits anderweitig verplant.

So schnell wird der neue Arbeitstag Pfingstmontag nicht kommen und die Pflegeversicherung erst recht nicht. Da diese wegen der Entwicklung der Alterspyramide und wegen der pflegeschwach gewordenen Familienzusammenhalts aber drängt, für das Modell einer privaten, allein vom Versicherten getragenen Kapitalversicherung jedoch keine Mehrheit zu finden ist und deshalb alles auf eine wie immer im einzelnen gestaltete umlagefinanzierte, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragene Lösung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung zuläuft, bedarf es, um die Arbeitgeberseite dafür zu gewinnen und um die gestiegenen Lohnnebenkosten in Grenzen zu halten, einer *Kompensation*.

Nachdem die Androhung von *Karenztagen* im Krankheitsfall im entsetzten Aufschrei aller Betroffenen und Nichtbetroffenen so gut wie erstickt ist, eine Verlängerung der *Wochenarbeitszeit* von einer Stunde mit den Gewerkschaften nicht zu machen ist und gegen die Streichung eines *Urlaubstages* sämtliche Werk tätige protestieren würden, drängt sich der Pfingstmontag als mögliche Kompensationskompensation geradezu auf.

Zwar gibt es wieder einmal ungewohnte Konstellationen von bedenkenlosen Befürwortern und entschlossen-unentschlossenen Gegnern. Die Grünen wollen den Pfingstmontag offenbar nachdrücklich verteidigen, viele Rote aber nur halb, während die Schwarzen ihn erstaunlich bereitwillig drangeben möchten und dabei nicht einmal ob des Vorwurfs erröten, um „der Wirtschaft“ einen Gefallen zu tun, seien sie bereit, selbst die heiligsten religiösen (Pfingstfest) wie säkularen Heiligtümer (arbeitsfreier Tag) zu opfern.

Aber wirklicher Widerstand kommt gegen das Vorhaben offenbar nirgends mehr auf. Selbst die Präsidentin des ZdK, *Rita Waschbüsch*, erklärte in völliger Verkennung aller historischer, heilsgeschichtlichen und ekklesiologisch-pneumatologischen Zusammenhänge, der Pfingstmontag sei kirchlich von minderer Bedeutung und Pfingsten sei Weihnachten und Ostern nicht vergleichbar. Die protestantische Seite hält sich wie in solchen Fällen fast immer ohnehin bedeckt. Nur aus dem Kommissariat der Bischöfe in Bonn waren nicht näher begründete „religiöse“ und „pastorale“ Bedenken zu vernehmen. Also ist es an der Zeit, einen letzten Protest anzumelden, ehe es zu spät ist. Gründe, den Pfingstmontag retten zu helfen, gibt es genug. Neun Milliarden brächte ein Arbeitstag Pfingstmontag, will das Blüm-Ministerium in Bonn errechnen haben. Woher wohl und für wen? Kein ökonomisch Kundiger hat bislang über den volkswirtschaftlichen Nutzen auch nur einigermaßen plausible Auskunft geben können. Gut, wir hätten einen Arbeitstag mehr. Freizeit

gibt's reichlich, Urlaub auch. Der Schaden wäre gering. Aber alle hochproduktiven Volkswirtschaften leiden zur Zeit an chronischer Unterbeschäftigung, und die unproduktiven noch um ein Vielfaches mehr. Alles spricht von der Notwendigkeit, „verschlankter Produktion“. Apparate nehmen uns von Chip-zu-Chip-Generation immer mehr Arbeit ab. Wo liegt da der kostensparende Gewinn eines zusätzlichen Arbeitstags – aktuell, mittel- und langfristig? Ein Flop, würde der Pfingstmontag Arbeitstag werden. Rationellere Maschinenlaufzeiten, auch ohne daß der Sonntag davon massiv tangiert würde, wären da wohl weit über die eigene Problemlage der Finanzierung einer Pflegeversicherung hinaus die sehr viel hilfreichere Alternative.

Und wenn man schon meint, am Feiertage rühren zu müssen, warum dann nicht an die Donnerstage gehen, an Christi Himmelfahrt und Fronleichnam? Der feiertagsreichere Süden müßte zwei opfern, der Norden einen. Der verteilenden Gerechtigkeit im Nord-Süd-Gleichgewicht wäre Genüge getan. In *Italien* wurden vor Jahren beide Feiertage abgeschafft bzw. auf die nachfolgenden Sonntage verlegt – ohne den geringsten katholischen oder vaticanischen Widerstand. Selbst in liturgischen italienischen Kalendern sind die beiden Feste nur noch an den betreffenden Sonntagen vermerkt. Oder damit Protestanten auch einen Beitrag leisten, warum nicht den Buß- und Betttag opfern, wirtschaftsfeindlicherweise immer ein Mittwoch? Feiertage, donnerstags oder in der Wochenmitte gelegen, sind beliebte Anlässe zu besonders rationaler Urlaubsgestaltung. Ganze Dienstleistungsapparate, private und öffentliche, liegen dann wegen der „Urlaubsbrücken“ eine Woche lang halb darnieder. Die Vorteile einer Verlegung auf die Sonntage wären deshalb selbstredend kumulativ, und jedes *gewöhnliche* kirchliche oder weltliche Fest (Brauchtum eingeschlossen) läßt sich ebenso gut an einem Sonntag feiern.

Und Hand aufs Herz: unsere Feiertagsordnung ist ohnehin noch weitgehend

agrarisches geprägt und paßt nicht mehr so recht in die spätindustrielle Freizeitgesellschaft. Auch religiös wird ihr Sinn problematisch. Die Kirchen als billige Freizeitlieferanten für ein religiös in großen Teilen gleichgültiges Publikum, dafür sollte sich das Christentum zu schade sein. Aber die theologisch gleichrangigen christlichen Hochfeste Weihnachten, Ostern, Pfingsten sind verlängerte Festzeiten der religiös-kulturellen Sonderklasse, Gelegenheiten zu tieferem seelischen Atemholen selbst für Ungläubige. Sie sollten als Ensemble intakt bleiben.

Der Pfingstmontag als Feiertag schadet niemandem, weder dem produzierenden noch dem verarbeitenden noch dem dienstleistenden Gewerbe. Ein Pfingstmontag als Arbeitstag wäre nicht einmal ein Hustenbonbon für eine erkältete Wirtschaft. Er verdient es, als Feiertag erhalten zu bleiben, auch wenn es ihn anderswo, in Italien z.B. so gar nicht gibt. Schließlich hat er sogar vierzig düstere DDR-Jahre überdauert. *un*

Lückenbüßer

Der Zivildienst ist kein Grund für den Erhalt der Wehrpflicht

Mit der insgesamt völlig veränderten sicherheitspolitischen Großwetterlage für Deutschland stellt sich mehr und mehr die Frage nach der Zukunft der bis dato praktisch unumstrittenen Wehrpflicht. Die Alternative eines deutschen Berufsheeres zu denken, hat angesichts der aus politischen und finanziellen Gründen forcierten Truppenreduzierung zumindest eine kaum zu bestreitende Plausibilität. Unabhängig aber davon, wie schnell und ob überhaupt die Bundeswehr zur Berufsarmee wird und wieweit diese gesellschaftspolitisch wünschenswert ist: In der bestehenden Form hat die Wehrpflicht allem Anschein nach keine Zukunft.

Darüber kann das bisher treue Ja-Wort von Kanzler, Regierung und Parteien

zu ihr kaum hinwegtäuschen. Die allgemeine Wehrpflicht wird von der anstehenden Umstrukturierung der Bundeswehr und ihrem deutlich veränderten Aufgabenprofil ebenso in Frage gestellt wie unter dem Gesichtspunkt der *Wehrgerechtigkeit*, die schon jetzt kaum noch, erst recht aber bei einem weiteren Personalabbau nicht mehr zu gewährleisten ist. Dem ist schlicht so und deshalb sind neue und weitsichtige Konzepte gefordert.

Nun ist aber die Auseinandersetzung um die Zukunft der Wehrpflicht seit Jahren schon in eine ärgerliche *Schieflage* geraten. Als in Anpassung an die völlig neuen sicherheitspolitischen Vorzeichen die schon beschlossene Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate zunächst ausgesetzt und in einem zweiten Schritt diese gar auf 12 Monate verkürzt wurde, war quasi natürlich der *Zivildienst* mitbetroffen (vgl. HK, Oktober 1990, 451). Nicht ganz unerwartet ging ein Aufschrei durch Deutschland. Die Verkürzung der Dienstzeit der Zivildienstleistenden von 20 auf 15 Monate riß bedenkliche Lücken im Pflege- und Sozialbereich auf. Was von Zivildienstleistenden zum Teil schon länger kritisiert worden war, erschien jetzt in den Schlagzeilen.

Unter der Hand hatte sich der Zivildienst nicht nur in seinem Charakter verändert: Der politisch selbstbewußte Verweigerer ist – mitbedingt durch die Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsrechts (die Verweigerung aus Gewissensgründen wurde nun nicht mehr in der gefürchteten Verhandlung geprüft) – zum hilfsbereiten, sozialengagierten „Zivi“ mutiert. Aus den „Drückebergern der Nation“ waren aber vor allem – dieses Bild ließ kaum ein Kommentar aus – die „Lückenbüßer“ der Nation geworden. Gleich ob es nun zum Teil bewußte Strategie der Wohlfahrtsverbände war und ist, oder ob nur die einzelnen Sozialeinrichtungen durch die schiere Not gezwungen nach der schnellsten und vielleicht einzigen Lösung gesucht haben: Mit den billig zu habenden „Zivis“ half man sich – ein Stück weit am Gesetz vorbei – über die Misere im Sozial- und Pflege-